

Grundsätze zur europapolitischen Kommunikation der Landesregierung Brandenburg

Potsdam, 24. Juli 2007

Gliederung

1. Ausgangslage	S. 3
2. Ziele der europapolitischen Kommunikation	S. 5
3. Partner und gemeinsame Projekte der europapolitischen Kommunikation	S. 5
4. Spezielle Zielgruppen der europapolitischen Kommunikation	S. 7
5. Maßnahmen zur Verbesserung des Europabildes	S. 9
5.1 Qualifizierung des Internetangebotes „Brandenburg und Europa“	S. 9
5.2 Verbesserung des Erfahrungswissens und der Vermittlung von EU-Themen in den Schulen	S. 10
5.3 Verstärkung europäischer Begegnungen und Partnerschaften an Schulen	S. 11
5.4 Stärkung des Ehrenamtes	S. 12
5.5 Profilierung des Veranstaltungsangebotes	S. 13
5.6 Newsletter und Seminarangebote für Journalisten	S. 14
5.7 Informationsmaterialien	S. 15
5.8 Verbesserte Information und fachliche Kompetenz in der Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene	S. 15
6. Steuerung und Erfolgskontrolle	S. 16
Anlage	S. 17

1. Ausgangslage

Das heutige Land Brandenburg war während der Zeit der Konfrontation der Blöcke und der Teilung Deutschlands über fast 40 Jahre hinweg von der Entstehung und Entwicklung des Gedankens eines einigen Europas abgeschnitten. Die Erfahrung des bis 1990 in den westdeutschen Bundesländern entstandenen selbstverständlichen alltäglichen Umgangs mit den europäischen Errungenschaften kann daher nicht vorausgesetzt werden (grenzüberschreitende wirtschaftliche Kooperationen, Arbeitsplatz und Einkauf jenseits der Grenzen, grenzüberschreitendes Miteinander der Kommunen in den Euro-Regionen, etc.).

Nach der deutschen Wiedervereinigung lag die Hauptstadtregion zunächst am östlichen Rand der EU. Erst allmählich – auch bedingt durch den Abbau von Grenzhürden – konnte der Prozess einsetzen, der an den anderen Grenzen Deutschlands schon vor Jahrzehnten begonnen hat. Mit dem EU-Beitritt der Staaten Mittelosteuropas seit 2004 haben sich wesentliche Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung Brandenburgs verändert. Die deutsche Hauptstadtregion ist weiter in das Zentrum der Union gerückt.

Brandenburg liegt an der Schnittstelle von West- und Mittelosteuropa innerhalb der Europäischen Union und wird in zunehmendem Maße Gastgeber im europäischen Tourismus.

Der Brandenburger Export hat im Jahr 2006 mit Waren im Wert von 8,8 Mrd. Euro einen Rekordwert erreicht. Besondere Bedeutung hatten dabei die Exporte in die Europäische Union mit einem Anteil von 72,9 Prozent an den brandenburgischen Ausfuhren. Mit 15,4 Prozent lag Polen dabei an der Spitze. Insgesamt hat Brandenburgs Wirtschaft mit der Osterweiterung bessere Bedingungen in ursprünglich tradierten Absatzmärkten erhalten. Brandenburger Unternehmen steigerten ihre Ausfuhren in die neuen ost- und südosteuropäischen Mitgliedsländer der Gemeinschaft in den vergangenen drei Jahren erheblich. Bereits 2004, also dem Jahr der EU-Osterweiterung, haben brandenburgische Unternehmen 15,5 Prozent mehr Waren in Beitrittsstaaten wie Polen, Tschechien und Ungarn exportiert.

Bereits im Vorfeld der Erweiterung von 2004 hat sich Brandenburg aktiv in die Vorbereitung und Gestaltung der EU-bezogenen Strukturen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten eingebracht. Mehr denn je wirkt das Land Brandenburg, garantiert durch Artikel 23 des Grundgesetzes, über den Bundesrat aktiv an der Willensbildung in der deutschen Europapolitik mit und setzt über seine Vertreter in den Gremien der Europäischen Union Akzente. Bei der selbstbewussten Wahrnehmung der Interessen bedient sich die Landesregierung der Brandenburger Vertretung in Brüssel, die als Bindeglied zu Institutionen und Organen der EU eingerichtet wurde. Sie ist Schnittstelle zwischen Potsdam und Brüssel, zwischen Landesregierung und europäi-

schen Institutionen. Sie ist gleichzeitig Informations- und Frühwarnsystem, Kontaktbörse und Schaufenster des Landes in Brüssel und vertritt Landesinteressen gegenüber Mitarbeitern und Entscheidungsträgern in den EU-Institutionen.

In der vergangenen Förderperiode erhielt das Land rund 3,2 Mrd. EUR europäische Fördermittel, in der Förderperiode 2007-2013 werden es 2,8 Mrd. EUR sein. Brandenburgerinnen und Brandenburger können in nunmehr 27 Ländern der EU wohnen, studieren und arbeiten.

Dennoch stehen viele Bürger der EU skeptisch gegenüber, fühlen sich nicht ausreichend in europapolitische Entscheidungen einbezogen. Exemplarisch zeigt die niedrige und zuletzt sogar weiter rückläufige Beteiligung an den Europawahlen in Brandenburg, dass das Interesse der Bevölkerung des Landes an Europa und seinen Institutionen nur gering ist (Wahlbeteiligung 1999: 30,3 Prozent; Wahlbeteiligung 2004: 26,3 Prozent).

Die im Frühjahr 2006 veröffentlichten Ergebnisse des Eurobarometers 65 zum Vertrauen in die europäische Politik verdeutlichen zudem, dass der Wissensstand über und die Zufriedenheit mit der europäischen Demokratie in allen neuen Bundesländern im europaweiten Vergleich besonders niedrig ist. Die Hälfte aller Befragten sieht keinen Vorteil durch die Zugehörigkeit zur EU (gegenüber 44 Prozent der Westdeutschen). Aber 46 Prozent der Ostdeutschen (gegenüber nur 43 Prozent der Westdeutschen) wünschen, dass die EU in den nächsten fünf Jahren in ihrem Leben eine wichtigere Rolle spielt. Zudem sehen ostdeutsche Jugendliche einer Zukunft im vereinigten Europa optimistischer entgegen als ihre westdeutschen Altersgenossen (15-25 Jahre: Ost: 72 Prozent; West: 59 Prozent) .

Bereits diese wenigen Zahlen belegen, dass eine aktivere Kommunikation der Vorteile der deutschen Mitgliedschaft in der EU und des europäischen Integrationsprozesses insgesamt notwendig ist. Es bestehen realistische Chancen, durch Information zur Stärkung der europäischen Idee in der Bevölkerung beizutragen. Die EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands und die damit einhergehende größere Widerspiegelung europäischer Themen haben in den deutschen Medien katalysierend gewirkt. Deshalb startet die Landesregierung jetzt eine Neuausrichtung ihrer europapolitischen Kommunikation.

2. Ziele der europapolitischen Kommunikation

Die Europäische Union braucht ein Fundament, das über die vertragliche Ebene hinausgeht. Sie braucht einen Mindestbestand an gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen, ohne die ihre rechtlichen Rahmensetzungen auf Dauer keine Akzeptanz finden werden. Dieses Fundament wird nur dann tragfähig sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger stärker eingebunden werden und sich so selbst als tragenden Bestandteil der EU verstehen. Sie können nur gewonnen werden, wenn es gelingt, Vorurteile abzubauen und die Vorteile eines starken Europa überzeugend aufzuzeigen.

Ziel der europapolitischen Kommunikation der Landesregierung muss es sein, die Menschen in Brandenburg zu einem aktiven Eintreten für die Idee des vereinigten Europa sowie einer aktiven Mitarbeit an ihrer Umsetzung zu motivieren. Anhand konkreter Beispiele gilt es zu vermitteln,

- dass die Idee des vereinigten Europa auf Jahrhunderte langer gemeinsamer Geschichte und Kultur basiert,
- dass die europäische Idee aus dem Wunsch nach dauerhaftem Frieden und Verständigung zwischen den Völkern Europas geboren wurde,
- dass sich die EU auf den Gedanken der Freiheit, der Demokratie und des Rechtes gründet,
- dass sich die EU trotz mancher Rückschläge seit der Gründung der EWG erfolgreich entwickelt hat,
- dass die EU die Grundlage für Freizügigkeit, eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung und mehr Wohlstand für alle in ihr lebenden Bürgerinnen und Bürger ist,
- dass die europäische Integration auch eine notwendige Antwort auf den Prozess der Globalisierung ist.

Dabei gilt es, gemeinsam mit Partnern die positiven Aspekte des europäischen Einigungsprozesses erfahrbar zu machen, das Wissen über die EU zu verbreitern, die Informationen schneller an die Bürgerinnen und Bürger zu bringen, vorhandene Partizipationsmöglichkeiten aufzuzeigen und die Erlebbarkeit der EU zu fördern.

3. Partner und gemeinsame Projekte der europapolitischen Kommunikation

Die erfolgreiche Weiterentwicklung der Europäischen Union kann nur gelingen, wenn sowohl die bestehenden Informationsdefizite als auch die immer noch spürbaren Vorbehalte bei vielen Bürgerinnen und Bürgern

in ganz Europa abgebaut werden. Eine bessere und wechselseitige Zusammenarbeit der Akteure auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene ist dafür unbedingte Voraussetzung. Das empfiehlt auch das 2006 von der EU-Kommission vorgelegte Weißbuch zur europäischen Kommunikationspolitik.

Die Landesregierung begrüßt die im Weißbuch formulierten Vorhaben der Kommission, in der europapolitischen Diskussion auf mehr Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu setzen, sie in den Mittelpunkt einer europäischen Kommunikationspolitik zu stellen und verstärkt dezentral zu handeln. Brandenburger Einrichtungen sind aufgefordert, sich an dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ zu beteiligen. Ziel des Programms ist es u.a., Europa den Bürgern näher zu bringen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich intensiv am immer engeren Zusammenwachsen Europas zu beteiligen.

Insbesondere geht es hierbei darum, die europapolitischen Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten zu erkennen und die europäischen Bezüge in allen Politikfeldern zu vermitteln. Konkrete Fortschritte in der Europapolitik sind bürgernah zu vermitteln, um die Zustimmung zur EU zu vergrößern.

Die „Europawoche“ ist das kompakteste Instrument europapolitischer Kommunikation. Sie beinhaltet jedes Jahr ein breites Angebot an interessanten Veranstaltungen für unterschiedlichste Zielgruppen. Sie wird von vielen staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen dazu genutzt, den Bürgerinnen und Bürgern Europa in seiner Vielfalt darzustellen, den Dialog zu fördern und europäische Projekte vorzustellen bzw. anzuregen.

Die Landesregierung erwartet, dass für die dezentrale Umsetzung der Maßnahmen zukünftig von der EU ausreichend Mittel bereitgestellt werden, mit denen auch kleine Projekte unterstützt werden können. Die Landesregierung wird zukünftig stärker als bisher die Themen der „Europäischen Jahre“ aufgreifen und Veranstaltungen hierzu durchführen beziehungsweise fördern.

Die Landesregierung wird die aktive Strukturförderpolitik der EU durch die Europäischen Fonds zur Entwicklung der Wirtschaft, der Beschäftigung und Ausbildung sowie der ländlichen Entwicklung verstärkt durch Informationen bekannt machen und damit das Verständnis für die Integration stärken.

Die EU fördert Städtepartnerschaften. Das Förderprogramm der EU wurde 1989 auf Initiative des Europäischen Parlaments aufgelegt und stieß bei Städten und Gemeinden in Europa auf großes Interesse.¹ Städtepartnerschaften sind stärker als bisher zu nutzen. Sie bieten die Chance, mehr über das Alltagsleben in anderen europäischen Ländern herauszufinden, miteinander zu sprechen, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam an Projekten von kollektivem Interesse zu arbeiten, insbesondere in den Bereichen Umwelt, der

¹ Allein im Jahr 2006 erhielt die Kommission mehr als 2 450 Zuschussanträge.

wirtschaftlichen Entwicklung und Kultur. Die Städtepartnerschaften werden von weiten Kreisen der Bevölkerung getragen und sind daher ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung einer EU-Bürgerschaft.

Brandenburger Kommunen werden im Newsletter der Staatskanzlei stärker als bisher auf den Europapreis „Aktion Zivilgesellschaft“ hingewiesen. Diese Anerkennung würdigt Städte und Gemeinden, die Erfahrungen durch Städtepartnerschaften mit Gemeinden anderer EU-Mitgliedsstaaten und Drittstaaten gesammelt haben. Allein die Teilnahme an diesem Wettbewerb zwingt zu einer Bilanz partnerschaftlicher Aktivitäten, macht Erreichtes bewusst und legt Reserven offen.

Weitere wichtige Partner der Landesregierung sind u. a. der EU-Ausschuss des Brandenburger Landtags, die Brandenburger Abgeordneten im Europäischen Parlament, die kommunalen Spitzenverbände, die Kammern der Wirtschaft, die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen sowie die Europaverbände.

Die Länder Berlin und Brandenburg sind natürliche Partner in der europapolitischen Kommunikation. Das im Jahr 2005 eingerichtete informelle „EU-Forum“ (EU-Referenten der Ministerien/Senatsverwaltungen beider Länder) hat sich etabliert. Ziel dieses Gremiums ist die Vernetzung ehemaliger und künftiger nationaler Experten aus Berlin und Brandenburg. Es gilt, in allen Politikfeldern länderübergreifende Netzwerke aufzubauen und den Best Practice-Transfer zu unterstützen. Beispielsweise könnte das Thema „Die europäische Dimension im Unterricht“ zum Gegenstand eines Arbeitskreises der Europaschulen aus Berlin und Brandenburg gemacht werden.

Die Senatskanzlei des Landes Berlin und die Staatskanzlei Brandenburg veranstalten mit anderen Partnern zusammen die internationale Bildungsmesse „avanti!“ in Berlin. Sie ist eine gelungene, praxisnahe Offerte an die Jugend beider Länder und gleichsam eine gute Möglichkeit, europäische Gemeinsamkeit in der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg darzustellen.

In Brüssel arbeitet die Landesvertretung eng mit dem Berliner Büro und der gemeinsamen Wirtschaftsrepräsentanz auch in Fragen der europapolitischen Kommunikation zusammen.

4. Spezielle Zielgruppen der europapolitischen Kommunikation

Wesentliche Kennzeichen der zukünftigen Ausrichtung der europapolitischen Kommunikation der Landesregierung sind die verstärkte Konzentration auf Zielgruppen, der interministerielle Ansatz und die Ausgestaltung des Internetangebotes als zentrales Medium eigener Informationsvermittlung. Diese Fokussierung

folgt der objektiven Ausgangssituation und den daraus erwachsenden Bedürfnissen, den finanziellen und personellen Möglichkeiten des Landes und verspricht perspektivisch den größten Nutzen.

Zu den wichtigsten Zielgruppen der europapolitischen Kommunikation gehören die Schülerinnen und Schüler des Landes. Ihnen gilt es u.a. zu verdeutlichen, welche persönlichen Lebenschancen die EU eröffnet. Chancen, die von den Schülerinnen und Schülern nur genutzt werden können, wenn ihnen neben dem Grundwissen über EU-Zusammenhänge sprachliche Fähigkeiten und kulturelle Unterschiede, wirtschaftliche Entwicklungen sowie Ziele und Aufbau europäischer Institutionen umfassend vermittelt werden.

Eine Konzentration der Anstrengungen auf diese Zielgruppe verspricht nicht nur eine Verbesserung der subjektiven Zukunftschancen dieser Generation. Sie ist gleichsam Gebot des prognostizierten Fachkräftemangels in Brandenburg. Die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes wird in entscheidendem Maße davon abhängen, ob es gelingt, den einheimischen Unternehmen ausreichend Auszubildende mit hohem Schulabgangsniveau zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört in den zunehmend länderübergreifend agierenden Unternehmen ein hohes Maß an Europakompetenz.

Lehrerinnen und Lehrern kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, um die Schülerinnen und Schüler erreichen zu können. Deshalb sind für Lehrkräfte Informations- und Erfahrungsangebote vorzuhalten, um das Interesse und die Befähigung, über Europa im Unterricht sprechen zu können, zu verbessern.

Die europapolitische Kommunikation der Landesregierung muss sich zukünftig verstärkt an den Bedürfnissen aktueller und potenzieller Multiplikatoren orientieren. Hierzu zählen neben den Lehrerinnen und Lehrern in erster Linie

- Ehrenamtler,
- Journalisten
- sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung.

Die Motivation und die Befähigung dieser Multiplikatoren ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung der EU-Akzeptanz in anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Brandenburg verfügt über ein regional unterschiedlich dichtes Netz ehrenamtlich für den europäischen Gedanken Engagierter. Sie gilt es zu stärken, ihre Ausstrahlung zu verbessern, die Bildung von Netzwerken zu befördern. Dazu tragen in erster Linie bessere Information und dauerhafte Motivation bei. Die Europawoche zeigt jährlich, was diese Multiplikatoren im Land Brandenburg an Veranstaltungen initiieren und durchfüh-

ren können. Zehntausende Interessierte werden angesprochen und Informationen untereinander ausgetauscht. Die wirksamsten Bestandteile dieser zeitlich begrenzten Aktion müssen stärker auch außerhalb der Europawoche zum Veranstaltungskatalog in Brandenburg gehören.

Die Haltung der Brandenburgerinnen und Brandenburger zur Europäischen Union wird wesentlich durch Berichterstattung und Kommentierung in den Medien bestimmt. Die Landesregierung stellt sich die Aufgabe, durch die verstärkte Publizierung positiver Beispiele Anlass zur Berichterstattung zu geben. Gleichzeitig wird sie versuchen, durch geeignete Angebote das Interesse der Journalisten am Prozess der europäischen Einigung zu erhöhen. Wichtigste Voraussetzung glaubwürdigen Agierens ist schnelle, exakte und umfassende Informationsgebung.

Zunehmend wichtiger als Multiplikatoren werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung auf allen Ebenen. Im Zuge des Voranschreitens der europäischen Integration werden sie immer mehr zur ersten Kontaktperson des Bürgers mit dem vereinten Europa. Ihr Auftritt, ihre Kenntnis und die von ihnen vermittelte Überzeugung prägen in entscheidendem Maße das Vertrauen oder die Ablehnung, die der Bürger der EU entgegen bringt. Deshalb ist die EU-Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf verschiedenen Ebenen zu erhöhen.

5. Maßnahmen zur Verbesserung des Europabildes

Von diesen Prämissen ausgehend hat die Staatskanzlei in Abstimmung mit den Ministerien auf der Grundlage des Arbeitsprogramms der Landesregierung für die 4. Legislaturperiode (Politikfeld 1.4) ein spezielles Maßnahmenpaket zur zukünftigen Akzentuierung der europapolitischen Kommunikation erarbeitet. Die Landesregierung hält die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen für erforderlich, um die Akzeptanz der europäischen Integration im Land Brandenburg zu verbessern:

5.1 Qualifizierung des Internetangebotes „Brandenburg und Europa“

Die Subdomain „Brandenburg und Europa“ des Internetauftritts der Landesregierung - www.brandenburg.de - wird zur zentralen Kommunikationsplattform für die Europapolitik ausgebaut. Ziel ist, alle vorhandenen und künftigen Informationen unter einer gemeinsamen Adresse nach dem Prinzip einer virtuellen one-stop-agency wirksam zu offerieren. Dazu sind die europabezogenen Inhalte der Webseiten aller Ressorts mit dieser Seite zu verlinken. Eine Abstimmung mit dem Land Berlin soll ebenfalls erfolgen.

Besonderes Augenmerk gilt dabei den Informationen zur EU-(Förder-)Politik. Um den umfassenden Servicecharakter des Angebotes zu verdeutlichen, wird nicht nur auf die EU-Strukturfondspolitik und den ELER hingewiesen. Eine Förderfibel über die neuen EU-Förderprogramme wird auf der Subdomain „Brandenburg und Europa“ zu finden sein. Mit dem Nachschlagewerk können sich Bürger und Kommunen sicher durch die große Anzahl der Finanzierungsmöglichkeiten bewegen und geeignete Fördermöglichkeiten finden.

Um die Nutzer auf die wirtschaftlichen Chancen, die sich durch die Europäische Union für Brandenburg und seine Bürger ergeben, anschaulicher als bisher hinzuweisen, wird im Internetangebot insbesondere auf Best-Practice-Beispiele Wert gelegt.

Zur Qualifizierung des bereits in der Vergangenheit von der Staatskanzlei herausgegebenen Newsletters werden die Ressorts alle notwendigen Fachinformationen aus ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu liefern.

Gleichzeitig gilt es, auf anderen Webseiten für brandenburgische Angebote zu werben. Veranstaltungshinweise der Ministerien und der Staatskanzlei werden deshalb parallel über www.europatermine.de publiziert. Die Zuleitung erfolgt in Verantwortung der jeweiligen Ressorts. Europatermine.de ist ein Service der Jungen Europäischen Bewegung, der Informationen über bundesweite Veranstaltungen zu Europa in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur gebündelt ins Internet stellt.

5.2 Verbesserung des Erfahrungswissens und Vermittlung von EU-Themen in den Schulen

Grundlage für eine stärkere europäische Ausrichtung des Unterrichts sind die Curricula. Es ist zu prüfen, ob das Thema Europäische Union in den Rahmenlehrplänen des Landes Brandenburg besser verankert werden kann.

Kenntnisse darüber, wie die Europäische Union funktioniert, welche Institutionen, Gremien, Protagonisten mit welchen Kompetenzen ausgestattet sind, bedürfen der konkreten Anschauung und Behandlung im Unterricht. Institutionenkunde im Rahmen politischer Bildung hat einen nachhaltigen Lerneffekt, wenn exemplarisch anhand eines aktuellen Fallbeispiels bzw. Problems nachvollziehbar wird, was die Funktion dieser Institutionen ausmacht. Veranstaltungen müssen so angelegt sein, dass Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt werden, einschätzen zu können, welche Bedeutung die Europäische Union auch im Hinblick auf ihr persönliches Leben nach der Schule hat. Dazu gehören eine entsprechende Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte.

Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte wissen zu wenig über europäische Wirtschaftszusammenhänge und die damit einhergehenden Chancen einer Beschäftigung innerhalb der EU. Die Möglichkeiten, die sich auf den expandierenden Märkten der Staaten in Mittel- und Osteuropa ergeben, werden bislang kaum wahrgenommen. Das bisher erfolgreich verlaufende Pilotprojekt „Europa konkret vermitteln“ soll deshalb weitergeführt und um den Bereich Wirtschaft im Rahmen eines ESF-Projektes „Europa im Blick“ in Kooperation MASGF/MBJS/StK ergänzt werden. Die regionale Wirtschaft und kommunale Vertreter werden in den Bildungsprozess einbezogen.

Um Europa erlebbar zu machen, ist anzustreben, häufiger als bisher Auftritte von „Europäern“ (Bedienstete der Botschaften, EU-Beamte, Bedienstete der Bundes- und Landesverwaltung, Politikern aller Ebenen) an den Schulen zu organisieren. Der erfolgreiche Europatag im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft am 22. Januar 2007 hat hierfür den Weg gewiesen. Dabei soll auch die Zusammenarbeit mit dem Aktionsbündnis „Tolerantes Brandenburg“ gesucht werden.

Um Europa stärker in den Unterricht einzubinden, wird angestrebt, einen EU-Newsletter für alle Schulen in Berlin und Brandenburg in regelmäßigen Abständen erstellen zu lassen. Dieser Newsletter soll Lehrkräften Hilfestellung und Anregung sein, um sich intensiver mit dem Querschnittsthema Europa auseinander zu setzen.

In jedem Schuljahr soll ein Europa-Wettbewerb in den Schulen durchgeführt werden, um das Interesse an Europa zu steigern.

5.3 Verstärkung europäischer Begegnungen an und Partnerschaften von Schulen

Internationale Kontakte und Begegnungen sowie Austausch und Partnerschaften sind geeignet, jungen Menschen erfahrbar zu machen, welche Chancen Leben und Lernen in internationalen Zusammenhängen eröffnen; aber auch, welche individuellen Herausforderungen dabei an sprachliche Verständigungsfähigkeit, an interkulturelle Kompetenz, Weltoffenheit und Toleranz gestellt werden.

Deshalb ist weiterhin anzustreben, dass jede brandenburgische Schule über Schulpartnerschaften mit dem (EU-) Ausland verfügt.

Dass Schulen über internationale Kontakte verfügen, Begegnungen, Austausch und Partnerschaften praktizieren, hängt in der Regel vom Engagement einiger Personen in den Schulen ab. Es sollte deshalb ange-

strebt werden, dieses Thema zukünftig in den Mitwirkungsgremien der Bildungseinrichtungen zu verankern, um Verantwortung, Anbahnung und Pflege dieser Kontakte und Begegnungen auf ein breiteres Fundament zu stellen.

Die diesbezügliche Arbeit engagierter Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Schulleitungen sowie Eltern soll mehr Anerkennung durch das Land erfahren. Dieser Personenkreis wird deshalb bei der geplanten Ausreichung der Urkunde „Engagiert für Brandenburg“ berücksichtigt.

Lehrkräfte sind zukünftig noch besser über europäische Bildungsprogramme zur Förderung und Unterstützung von Begegnung, Austausch und gemeinsamen Projekten zu informieren. Das gilt sowohl für den Schüler- als auch den Lehreraustausch. Die EU-Briefings im Jahr 2007 werden einen Beitrag dazu leisten, dass das Informationsdefizit abgebaut wird. Die Landesregierung wird Schülerbegegnungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.²

5.4 Stärkung des Ehrenamtes

Vereine und Verbände sowie andere Zusammenschlüsse europabegeisterter Brandenburgerinnen und Brandenburger sind natürliche Partner der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung. Mit eigenständigen Initiativen, Veranstaltungen und Informationsangeboten unterstützen und ergänzen diese Multiplikatoren und deren Netzwerke die Angebote der Landesregierung. Die ehrenamtliche Tätigkeit der im Bereich Europa tätigen Personen soll durch die Landesregierung stärker als bisher gefördert werden. Dazu trägt neben gezielter Information insbesondere eine verbesserte Anerkennungskultur bei. Ehrenamtliches Engagement im Europabereich wird über die Europaurkunde hinaus staatliche Würdigung erfahren.

Europaaktivisten, die ehrenamtlich in Vereinen tätig sind, um Europa noch besser in unserer Gesellschaft zu verankern, genießen während ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit einen vom Land 2006 vertraglich fixierten Versicherungsschutz. Der gemeinsame Freiwilligenpass kann beantragt werden.

Angestrebt wird, dass die mit Unterstützung der Koordinierungsstelle „Bürgerschaftliches Engagement“ in der Staatskanzlei gegründete Freiwilligenagentur des Landes mit ihren 14 regionalen Partnern sich bei der Vermittlung europapolitischen Sachverstandes an Interessengruppen einbringt.

² Im Jahr 2005 wurden beispielsweise 136 Schülerbegegnungen durch die Landesregierung gefördert, an denen 2728 Schülerinnen und Schüler teilgenommen haben.

5.5 Profilierung des Veranstaltungsangebotes

Die Landesregierung befürwortet partnerschaftliches Engagement auf allen Ebenen. Das können Seminare sein, die dem Austausch von Meinungen und Erfahrungen dienen, gemeinsame Initiativen, um den europäischen Gedanken mit Leben zu füllen, sowie Veranstaltungen, die Regionen einander näher bringen.

Veranstaltungen mit landesweiter Ausstrahlung wie der BRANDENBURG-TAG, der „Tag der offenen Tür“ der Landesregierung, die Europawoche sowie Veranstaltungen zu den Themen der Europäischen Jahre sind stärker als bisher zu nutzen, um im wirksamen Dialog mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern die Akzeptanz der EU im Land zu erhöhen.

Die EUROPAWOCHE bleibt dabei weiterhin der Höhepunkt der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit im Land Brandenburg. Sie muss aber mehr denn je im ganzen Land interessierten Bürgern die Möglichkeit geben, sich über die EU zu informieren und sich aktiv an Initiativen mit Bezug auf das vereinte Europa zu beteiligen. Das gilt insbesondere auch für die dünnbesiedelten Regionen des Landes.

Über die EUROPAWOCHE hinaus sieht die Landesregierung gute Möglichkeiten, dass regionale Europafeste durchgeführt werden. Auf diesen Veranstaltungen kann auf unterhaltsame, emotionale Weise Zustimmung für den Prozess der europäischen Einigung erzeugt werden. Der Städte- und Gemeindebund sowie der Landkreistag Brandenburg werden von der Landesregierung Angebote zu regelmäßigen Erfahrungsaustauschen erhalten, um bei der Arbeit mit dem Blick auf Erreichung dieses Ziel ein möglichst aufeinander abgestimmtes Agieren bzw. die Herbeiführung von Synergieeffekten zu erreichen. Die vorhandenen Potentiale sind auszuschöpfen.

Auch die Landeszentrale für politische Bildung führt vielseitige und interessante Veranstaltungen zum Thema Europa durch, auf die noch stärker als bisher hinzuweisen ist.

Ferner sollten Städtepartnerschaften, die die EU finanziell unterstützt und die das Bewusstsein für Europa verstärken, intensiver als bisher für Begegnungen genutzt werden. Die bestehenden Netzwerke und Verbindungen sind auszubauen. Dadurch wird insbesondere der Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern des Landes mit unseren europäischen Nachbarn gefördert.

Weiterhin werden Vertreter der Landesregierung gemeinsam mit Europaabgeordneten und Experten über die Erweiterung der EU und über deren Auswirkungen mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren. Durch diese Veranstaltungen wird das Wissen über Europa befördert.

Ebenso wird im Jahr 2007 eine Partnerschaft mit der Brandenburgischen Sportjugend eingegangen, die verstetigt werden soll. An verschiedenen Orten im Land werden Streetballturniere unter dem Motto „Europa und Streetball – EUropa wird 50“ durchgeführt.

Darüber hinaus werden EU-Briefings in Kooperation von MW, MASGF und StK durchgeführt.

5.6 Newsletter und Seminarangebote für Journalisten

Eine wichtige Zielgruppe und Partner für die Landesregierung sind die Journalisten, die Landespressekonferenz und Journalistenverbände in der Region Brandenburg und Berlin.

Neben Briefings und Seminaren ist der Deutsch-Polnische Journalistenpreis ein wesentliches Element zur Förderung der europapolitischen Kommunikation, denn die Journalisten in den Nachbarländern Deutschland und Polen tragen in besonderem Maße Verantwortung, die deutsch-polnischen Beziehungen zu entwickeln, zu pflegen und zu vertiefen.

Journalisten benötigen maßgeschneiderte aktuelle Informationen, die Anlass oder Inhalt für Reportagen und Berichte bieten. Der Newsletter der Staatskanzlei wird dieses Anliegen in stärkerem Maße berücksichtigen. Die Vorschau auf europapolitische Ereignisse ist zu qualifizieren.

Auf Grund des veränderten Leseverhaltens der Brandenburgerinnen und Brandenburger sind die speziellen Anforderungen der Anzeigenzeitungen in die Pressearbeit einzubeziehen und zu nutzen.

Ziel ist es auch, einen EU-Gesprächskreis interessierter Journalisten mit dem Europabevollmächtigten der Landesregierung zu initiieren.

Die Landesregierung unterbreitet Journalisten mindestens einmal im Jahr das Angebot, im Rahmen eines Tageskurses kompakt Informationen über europäische Entwicklungen zu erhalten. Die Auswertung eines ersten Journalistenseminars Ende November 2006 hat das Interesse daran bestätigt.

5.7 Informationsmaterialien

Broschüren und Faltblätter mit anschaulichen Beispielen sind ein gutes Mittel, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Die Landesregierung hält ausreichend Materialien über die Inhalte und Ziele der EU bereit. Die Broschüre „Europa konkret“ und das Faltblatt „25 Argumente für Europa“ bilden eine gute Grundlage. In der Reihe „Europa konkret“ werden die Ministerien in eigener Verantwortung Broschüren über europäische Projekte in ihrem Zuständigkeitsbereich herausgegeben.

5.8 Verbesserte Information und fachliche Kompetenz in der Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene

Die Entscheidungen auf europäischer Ebene haben für Landespolitik und Landesverwaltung große Bedeutung. Kaum ein Politikbereich bleibt unberührt. Der Integrationsprozess in der EU und die Herausforderungen der Globalisierung haben die Anforderungen an die europapolitische Kompetenz und internationale Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich erhöht. Mehr denn je sind sie erste Ansprechpartner für fachspezifische Europafragen.

Die Landesregierung misst deshalb dem Thema EU bei der Gestaltung des internen Fortbildungsprogramms an der Landesakademie für öffentliche Verwaltung eine große Bedeutung bei. Landesbedienstete sollen auch durch ad-hoc-Seminare und Veranstaltungen der Europaexperten der Landesregierung verstärkt 'Europa-fit' gemacht werden. Die Landesvertretung bietet den Ressorts zur Stärkung ihrer Europafähigkeit Gastreferenten zur Unterstützung spezifischer Themenbereiche an. Zudem organisiert sie für die Führungskräfte der Landesverwaltung Gespräche mit Entscheidungsträgern der EU-Institutionen in Brüssel.

Den Bediensteten der Landesverwaltung wird die Möglichkeit gegeben, ihre Fremdsprachenkenntnisse zu verbessern und europäische oder internationale Erfahrungen durch Praktika und Arbeitseinsätze auch außerhalb der Landesverwaltung zu sammeln. Die Staatskanzlei und die Ministerien unterstützen diese Bildungsaktivitäten.

Das Potential der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Europakompetenzen ist besser als bisher zu nutzen. Hier existiert bereits ein Netzwerk der EU-Referenten der Ressorts, das sich dem regelmäßigen Austausch über neue EU-Programme, Initiativen der Ressorts und der Planung gemeinsamer Aktivitäten widmet.

Darüber hinaus wird die Landesregierung den Kommunen ein Angebot unterbreiten, ihnen regelmäßig Informationen zu europäischen Programmen, Projekten und Veranstaltungen zu geben.

Die Popularisierung von erfolgreichen Beispielen europapolitischer Kommunikation muss künftig verstärkt auch in der Landesverwaltung erfolgen. Dieser Austausch ist wichtig. Nur so können alle von den Erfahrungen Einzelner profitieren und Impulse Einzelner in die Arbeit aller einfließen.

6. Steuerung und Erfolgskontrolle

Die europapolitische Kommunikation der Landesregierung wird durch die Staatskanzlei koordiniert. Die Landesregierung wird die von ihr durchgeführten und geförderten Veranstaltungen und Projekte evaluieren. Die Staatskanzlei und die Ministerien werden prüfen, ob

1. die gesetzten europapolitischen Ziele auch erreicht wurden.
2. ob die Zielgruppen angesprochen wurden.

Es geht darum, den Einsatz der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu optimieren. Auch sollen die Partner der Landesregierung in diesen Evaluationsprozess einbezogen werden.

Anlage

Ressortübergreifende Maßnahmen der europapolitischen Kommunikation

Maßnahme (Ziel)	Zielgruppe	Verantwortlichkeit	Zeitplan
AG Kommunikation tagt regelmäßig, die Kommunikationsarbeit wird abgestimmt	Alle in der AG vertretenen Ressorts	StK	fortlaufend
AG Publizität tagt regelmäßig zur Abstimmung der fondsübergreifenden Publizität der EU-Fonds	Alle in der AG vertretenen Ressorts	StK	fortlaufend
Ständige Aktualisierung der internetgestützten Förderfibel	Spezifische Zielgruppe in Abhängigkeit der Aktionsprogramme	StK	fortlaufend
Erstellung eines gemeinsamen monatlichen Newsletters	Interessierte Brandenburger/Fachpublikum/Journalisten	StK sowie alle Ministerien der Landesregierung	fortlaufend
EU-Briefings (einschließlich praxisbezogener Seminare zur Vorbereitung von Antragstellungen im Bereich von Aktionsprogrammen)	Fachpublikum/alle Bürger des Landes	StK sowie alle Ministerien der Landesregierung	fortlaufend
Veranstaltungen „Europa im Blick“ (Ausweitung auf Betriebe)	Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte	MASGF/MBJS/StK	fortlaufend
Zukunftstag 2007	Unternehmen, Schülerinnen und Schüler	MASGF/MBJS/StK	fortlaufend

Brandenburger Ausbildungskonsens	Unternehmen, Jugendliche	MASGF/MBJS/MW/MLUV	fortlaufend
Fortbildung für Journalisten zum Thema	Journalisten im Land Brandenburg	StK	1 X im Jahr
Deutsch-Polnischer Journalistenpreis	Journalisten	StK	fortlaufend
Würdigung der ehrenamtlichen Tätigkeit (beispielsweise auf dem BRANDENBURG-TAG sowie diversen Auszeichnungen, wie z. B. der Europaurkunde)	Alle im Europabereich engagierten Bürgerinnen und Bürger	StK sowie alle Ministerien der Landesregierung	fortlaufend
Schulwettbewerb zum Thema „Europas kulturelle und historische Spuren im Land Brandenburg“	Alle Schülerinnen und Schüler	MBJS	fortlaufend (mit Beginn des Schuljahres 2007/08)
EU-Projekttag an Schulen	Alle Schülerinnen und Schüler	LISUM/MBJS	fortlaufend
EU-Newsletter für Schulen	Alle Schulen	MBJS	fortlaufend
EU-Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte	Alle Lehrkräfte	Staatliche Schulämter/MBJS	fortlaufend

avanti	Alle Schülerinnen und Schüler	StK/MBJS	fortlaufend
Fortbildung der Landesbediensteten in Europafragen	Alle Landesbediensteten	MI	fortlaufend
Europa und Kommunen	Alle Brandenburger Kommunen	MW/MI/StK	fortlaufend
Europawoche	Fachpublikum/alle Bürger des Landes	StK sowie alle Ministerien der Landesregierung	fortlaufend
Aufbau eines länderübergreifenden Netzwerkes mit Berlin	Alle betroffenen Bediensteten der Landesregierung/Schulen	StK sowie alle Ministerien	fortlaufend
Europa und Streetball – EUropa wird 50	Alle Jugendlichen des Landes	Landessportjugend Brandenburg sowie StK	fortlaufend
Veranstaltungen der Landeszentrale für politische Bildung	Fachpublikum/alle Bürger des Landes	Landeszentrale für politische Bildung	fortlaufend